

PRESSEMITTEILUNG | AKTUELL | BOSNIEN UND HERZEGOWINA | 12. JANUAR 2021

REGIERUNG UND EU MÜSSEN ENDLICH DIE MENSCHENUNWÜRDIGE SITUATION GEFLÜCHTETER IN LIPA BEENDEN

Zwei Migranten aus Asien und Afrika in der Nähe des Flüchtlingslagers Lipa an der bosnisch-kroatischen Grenze (8. Januar 2021)

© AFP via Getty Images

Seit drei Wochen harren mehr als 900 Geflüchtete in einem abgebrannten Flüchtlingslager in Lipa in Bosnien und Herzegowina aus. Weder die lokalen Behörden noch die EU haben es geschafft, die Menschen in das bereits vorhandene winterfeste Camp zu verlegen. In einem gemeinsamen Statement rufen Amnesty International und weitere Organisationen Bosnien und Herzegowina sowie die EU dazu auf, endlich zu handeln, Verantwortung zu übernehmen und die Rechte von Geflüchteten effektiv zu schützen.

Seit Jahren spitzt sich die Situation geflüchteter Menschen in Bosnien und Herzegowina zu. Es mangelt an Wasser, Strom und einer wintergerechten Unterbringung. In Bosnien und Herzegowina sind aktuell ungefähr 2.500 Menschen, davon 900 in Lipa, den winterlichen Temperaturen ohne feste Unterkunft, Strom und Wasser ausgesetzt.

Die Tatsache, dass bisher keine Lösung für die Schutzsuchenden gefunden wurde, zeigt den fehlenden politischen Willen der europäischen Regierungen, langfristige Ansätze zu finden, um die Rechte Geflüchteter zu schützen.

Franziska Vilmar, Expertin für Asylpolitik bei Amnesty International in Deutschland

"Diese humanitäre Katastrophe war vorhersehbar und vermeidbar. Lipa ist die grausame Konsequenz der andauernden Abschottungspolitik der Europäischen Union. Es ist die gemeinsame Aufgabe der europäischen Mitgliedsstaaten dafür zu sorgen, dass die fundamentalen Grundrechte von Geflüchteten auch an den europäischen Außengrenzen eingehalten werden. Bosnien und Herzegowina muss sich endlich auch zum Schutz grundlegender Rechte bekennen und Geflüchtete menschenwürdig versorgen", erklärt Franziska Vilmar, Expertin für Asylpolitik bei Amnesty International in Deutschland.

"Die Tatsache, dass bisher keine Lösung für die Schutzsuchenden gefunden wurde, zeigt den fehlenden politischen Willen der europäischen Regierungen, langfristige Ansätze zu finden, um die Rechte Geflüchteter zu schützen. Das gilt auf den griechischen Inseln ebenso wie in Bosnien und Herzegowina", so Vilmar.

 Tweet von Amnesty International:

Twitter freischalten

Wir respektieren deine Privatsphäre und stellen deshalb ohne dein Einverständnis keine Verbindung zu Twitter her. Hier kannst du deine Einstellungen verwalten, um eine Verbindung zu den Social-Media-Kanälen herzustellen.

DATENSCHUTZEINSTELLUNGEN VERWALTEN

Informiere dich!

Weitere Informationen zum Thema Flüchtlinge und Asyl findest du hier.

Schlagworte

- › Bosnien Und Herzegowina › Europa Und Zentralasien › Pressemitteilung › Aktuell
- › Flüchtlinge & Asyl › Gesundheit › Internationale Organisationen › Migration › Lipa
- › Flüchtlingscamp › Flüchtlingsschutz › Asylpolitik › EU-Außengrenzen

Kontakt

Amnesty International Deutschland e. V.
Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin

Telefon: +49 (0)30 / 420248-0
Fax: +49 (0)30 / 420248-488

Spendenkonto

JETZT SPENDEN!

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFSWDE33XXX

